



LEIH EXEMPLAR

Informationen und Meinungen der

**DEUTSCHEN
POLIZEIGEWERKSCHAFT - PDB**

**Landesverband Nordrhein-Westfalen
Grabenstraße 7 · 4000 Düsseldorf 1
Telefon (0211) 325840 · Telex 8584564pdbn**

**pdb
report**

Der am 20.10.1987 in Schwerte tagende Landesverbandsausschuß NW der DEUTSCHEN POLIZEIGEWERKSCHAFT - PDB - hat sich eingehend mit der gegenwärtigen Sicherheitslage sowie der Lage der Polizei in Nordrhein-Westfalen befaßt und folgende Entschliebung einstimmig verabschiedet :

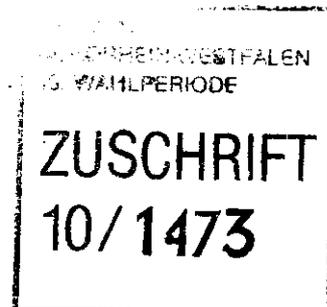
E N T S C H L I E S S U N G

Mit großer Sorge hat die DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT - PDB - ,Landesverband Nordrhein-Westfalen, in den Jahren 1983 - 1985 den Abbau von mehr als 1.500 Planstellen für Polizeivollzugsbeamte beobachtet. Trotz intensiver Gegenvorstellungen und Warnungen gegenüber Landesregierung und Parlament konnte dieser Stellenabbau nicht verhindert werden.

Der Landesverbandsausschuß stellt heute fest, daß

- + die Polizei mit dem vorhandenen Personal ihrem gesetzlichen Auftrag nicht mehr hinreichend nachkommen kann; aufgrund der Sicherheitslage, der Arbeitsbelastung der Polizei, der dringenden Zukunftsaufgaben und aus arbeitsmarktpolitischen Gründen ist eine spürbare Stellenvermehrung erforderlich, statt durch immer neue Denkmodelle zur Mangelverwaltung die vorhandenen Deckungslücken kaschieren zu wollen. Am angeblich aufgeblähten Personalhaushalt des Landes ist die Polizei nur mit ca. 16 % beteiligt.

- + die anhaltende Unterbewertung des Polizeidienstes und Vorenthaltung einer leistungsgerechten Bezahlung nicht mehr länger hingenommen werden kann. Insgesamt befinden sich nur ca. 21 % aller Beamten des Landes im mittleren Dienst; bei der Schutzpolizei des Landes NW beträgt dieser Anteil jedoch 86 % !



Der Landesverbandsausschuß der PDB NW fordert daher Landtag und Landesregierung auf, vordringlich

1. mit dem Haushaltsjahr 1988 das Personal des Polizeidienstes jährlich um mindestens 1.000 Stellen aufzustocken (der Gesamtmehrbedarf beträgt z.Zt. 5.000).
2. auf die "phasenverschobene" Ausbringung von Beförderungsstellen zu verzichten und die Besetzungs-/Wiederbesetzungssperren zu beseitigen.
3. mittelfristig den Veränderungen der polizeilichen Aufgabenstellungen und Anforderungen durch entsprechende Veränderungen in der Personalstruktur Rechnung zu tragen, um endlich zu einer leistungsgerechten Bewertung des Polizeidienstes zu gelangen.

Düsseldorf/
Schwerte, den
20.10.1987
Nr. 22 / 87